PB.Z-01-877

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Sprecher*innenrat der BAGen
Beschlussdatum:	22.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 876 bis 885:
Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise spielen. ~~Auch gibt es viele Initiativen und Akteur*innen, die mit viel Einsatz versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten. Wir werden das ökologische Engagement im Kulturbetrieb nachhaltig unterstützen. Dafür werden wir einen „Green Culture Fonds“ als Förderinstrument einrichten. Antragsberechtigt sind öffentlich geförderte Einrichtungen und Projekte sowie private Akteur*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft und der freien Szene. Auch beim Film sollen Förderinstitutionen und -maßnahmen künftig klare Anreize für eine nachhaltige Produktion schaffen. Doch auch gerade Künstler*innen geben neben Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft Impulse für die nachhaltige Transformation.~~Es gibt viele Initiativen und Akteur*innen, die mit großem Einsatz versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten. Dieses Engagement werden wir durch eine zentrale Beratungsstelle, dem Green Culture Desk, unterstützen, strukturell begleiten und ausbauen. Dafür werden wir einen Green Culture Fonds als Förderinstrument einrichten.
Künstler*innen geben wichtige konzeptionelle Impulse für die nachhaltige Transformation. Wir wollen im Sinne eines Fonds für Ästhetik und Nachhaltigkeit (FÄN) ein Instrument zur ressortübergreifenden, transdisziplinären Förderung schaffen, das den Aufbau von langfristigen Strukturen ermöglicht sowie freie Experimentier- und Handlungsräume schafft. Damit sind auch hybride Modelle der Kooperation zwischen Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft gemeint.

Begründung

Die BAG Kultur begrüßt sehr, dass im Entwurf des Wahlprogramms das kulturpolitische Zukunftsthema „Green Culture“ aufgenommen wurde. Damit sind wir Vorreiter im Feld der Kulturpolitik und weisen auf die längst notwendige Erneuerung kulturpolitischen Handels hin.

Mit diesen Änderungen wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Ausführungen im Absatz zu Green Culture im Wahlprogramm anschlussfähig sind bei den Fachleuten aus der Kultur-, Klima- und Umweltszene, die detailliert Wahlprogramme lesen. Zugleich erhöhen wir durch die Ausarbeitung der inhaltlichen Perspektive der künstlerischen Nachhaltigkeitstransformation die Zielgruppe.

Um diesen Effekt zu 100% erzielen zu können, bedarf es der Schärfung des Absatzes, wie folgt:

- Zur Schärfung des Passus zur Transformation der Betriebsökologie, also der Reduzierung der Ressourcen bei den Kunstprodukten, ist es für die Anschlussfähigkeit in der bereits für das Thema sensibilisierten Kulturszene wichtig, den „Green Culture Desk“, als das von der Bundestagsfraktion m Austausch mit zahlreichen Expert*innen erarbeitete Instrument einer zentralen Anlaufstelle zu nennen. Viele Stakeholder waren bei der Ausarbeitung des Green Culture Desks beteiligt und es

wurde als das zentrale Instrument in der Öffentlichkeit vorgestellt. Hierbei reicht es, das Desk als solches zu benennen. Wer/wie/wann antragsberechtigt sein wird, wie es noch im Entwurf steht, wollen wir aus Platzgründen streichen. Auch die Hervorhebung des Films wollen wir streichen, da das Green Culture Konzept alle Kultursparten gleichberechtigt umfasst und die Nennung einer Sparte hier nicht angemessen ist. Wir wollen vermeiden, dass sich andere die Frage stellen, warum der Film extra genannt wird, ob er den Grüner wichtiger ist als bspw. die Theater, die Museen, Festivals, soziokulturellen Zentren usw. Das Argument, dass die Vertreter*innen der genannten Sparte ‚abgeholt' werden, greift nur, wenn man alle nennt. Da es aber nicht möglich ist, alle Kultursparten aufzuzählen, ist es sinnvoller, keine zu nennen. Weitere Ausführungen zur konkreten Ausgestaltung und dazu, welche Kultursparten das Desk umfasst, können im Fraktionsbeschlussund im aktuellen Antragnachgelesen werden. Gerade mit Letzterem haben wir den Wähler*innen aufgezeigt, was wir konkret umsetzen wollen. Es ist daher richtig, das Green Culture Desk hier im Wahlprogram zu nennen.

- Mit den zugefügten Sätzen zur künstlerischen Seite der Nachhaltigkeitstransformation wollen wir kulturpolitisch eine neue Form der Kunstförderung etablieren, wie sie im Sinne des Fonds für Ästhetik und Nachhaltigkeit (FÄN) in der Szene bereits diskutiert wird und sich zahlreicher Unterstützer*innen erfreut. Wir wollen Künstler*innen als Künstler*innen, also als forschende, Probleme aufwerfende und Lösungen findende Akteure im Kontext der Nachhaltigkeitstransformation ernst nehmen und fördern. Wir haben als Problem erkannt, dass die bisherigen öffentlichen Förderstrukturen keine systematisch interdisziplinäre und Denkformen übergreifende Ausrichtung einer künstlerischen Produktion erlauben. Nirgends werden die kreativen, Räume öffnenden Impulse von Kunst und Wissenschaft in einem gleichberechtigten Forschen verknüpft. Mit einem neuen Förderinstrument wollen wir keineswegs die gesamte Kulturförderung auf Nachhaltigkeit verpflichten. Aber es soll den zahlreichen Künstler*innen, die danach streben, es stärker als bisher ermöglichen, sich experimentierend in langfristige Kooperationen mit Wissenschaftler*innen und Bürger*innen einzubringen, um disziplinenübergreifend herauszufinden, wie Alternativen zur alten Lebensweise aussehen, sich anfühlen und in die Breite der Gesellschaft ausstrahlen können. So können gestalterische und ästhetische Dimensionen z. B, einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltigen Neuansätzen in der Stadt- und Regionalentwicklung leisten. Die breite Unterstützung eines FÄN-Ansatzes durch zahlreiche Akteure aus Kunst, kultureller Bildung, Nachhaltigkeitspolitik und Wissenschaft, wie sie sich dieser Tage in zahlreichen Statements ausdrückt, lässt die Chance erkennen, dass diese Förderinnovation breite Resonanz bei den 'Fachleuten' auslösen und gleichzeitig Kulturpolitik auch für jene, die sie als „nice to have“ sonst eher missverstehen, mit neuer Bedeutung aufladen wird.